№ 446
B 221
Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 20. September 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

500 000 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteil): i. V. Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Italien und der Völkerbund.

Von

Dr. Julius Becker,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Genf,** 17. September.

Durch die Haltung Italiens gegenüber dem Völkerbund anläßlich des Konfliktes zwischen Italien und Griechenland sind nach Ansicht vieler Freunde des Völkerbundes nicht nur sein Ansehen gemindert, sondern seine Grundlagen selbst erschüttert worden. Daß die Feinde des Bundes und die Gegner jeder internationalen Rechtsorganisation das sagen, wiegt nicht schwer, denn sie müssen notwendig jedes Argument, das zur Widerlegung der Möglichkeit einer Organisation der Staaten auf der Grundlage des Rechts dienen kann, ausnützen. Den Freunden des Völkerbundes — nicht dieses Bundes, sondern jenes wahren Bundes der Völker, den sie erstreben — aber muß gesagt werden, daß sie nur darum enttäuscht sind, weil sie mit Erwartungen an den Bund herantamen, die er nicht erfüllen konnte. Und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen.

Der erste und wichtigste ist dieser: Die „Société des Nations", wie sie heute besteht, ist eine Vereinigung souveräner Staaten, von denen keiner auch nur ein kleines Teilchen seiner Souveränität aufzugeben gewillt ist. Der Bund hat sogar die ernstesten Schwierigkeiten gehabt und hat noch dauernd zu kämpfen, um nur die geringfügigen Eingriffe in das Souveränitätsrecht einzelner Staaten durchzusetzen, zu denen er auf Grund der Friedensverträge und der diesen angeschlossenen Minderheiten-Schutzverträge berechtigt und verpflichtet ist. Die Angriffe der französischen Presse und die energischen Verwahrungen von den verschiedensten Seiten, daß der Völkerbund ja nicht in einen „Ueberstaat" ausarten dürfe, zeigen nur zu deutlich, wie vorsichtig alle Organe des Bundes gegenüber der nationalen Empfindlichkeit sein müssen, um einstweilen wenigstens den Grundsatz und die bescheidenen Anfänge einer zwischenstaatlichen Organisation aufrechtzuerhalten.

Nun sieht sich dieser schwache, neue und ganz unerprobte Organismus, auf den es von allen Seiten Keulenschläge regnet, vor eine ernste internationale Krise gestellt. Der eine Partner, Nachfolger des Mitbegründers der Satzung des Bundes, bestreitet dem Bund hohnlachend den klaren Wortlaut der von ihm selbst mitunterschriebenen Paragraphen des Paktes, auf die sich der andere Partner des Streitfalles beruft. Was kann, was soll der Völkerbund tun? Sich ohnmächtig erklären, ist Selbstmord, dem einen oder dem andern recht geben, nicht viel anderes.

Die bisherige erst drei Jahre alte Praxis des Bundes — man vergißt das gar zu oft! — weist noch keine Präzedenzfälle auf. Die alte Diplomatie stelle: Genau zwölf Jahre ist es her, daß Italien am 28. September 1911 jenes plumpe und grobe Ultimatum an die Türkei erließ, mit dem sie die Abtretung Tripolitaniens forderte. Der Ausgang ist bekannt, obwohl der Schritt Italiens die gleiche Mißbilligung der Welt fand wie die Besetzung Korfus. Acht Tage später gab es Krieg, und dann immer wieder Krieg, Krieg, Krieg, bis das blutige Spiel acht Jahre später auf einem Leichen- und Trümmerhaufen, so grausig hoch, wie ihn die menschliche Geschichte nie gesehen hat, vor Erschöpfung der Teilnehmer ein Ende fand. Soll das sich wiederholen? Wer kann daran Interesse haben? Der Völkerbund jedenfalls hatte die Pflicht, ein neues Aufflackern des Brandes zu verhindern. Das hat er vorläufig getan, so weit es in seinen schwachen Kräften stand.

Gewiß wäre das Rechtsgefühl der ganzen Welt mehr befriedigt gewesen, wenn der Völkerbund als Weltenrichter das Vorgehen Mussolinis gegen einen schwachen Gegner gebrandmarkt und den römischen „Diktator" zur Ordnung gerufen hätte. Wäre das aber politisch klug, wäre es auch nur der Sache des Friedens dienlich, ja, wäre das den Satzungen des Bundes entsprechend gewesen? Was will der Völkerbundsrat? Einer seiner Mitschöpfer, Lord Robert Cecil, sicherlich sein berufenster Interpret, hat heute im Völkerbundrat darauf die klare und unzweideutige Antwort gegeben: die Aufgabe des Völkerbundes ist es nicht, eigene Prestigepolitik zu treiben, und den Parteien bestimmte Lösungen ihrer Konflikte aufzuzwingen, sondern sie selbst zu friedlichen Verhandlungen miteinander zu veranlassen. Der Völkerbund ist „ein Forum für internationale Diskussionen, wo diejenigen Lösungen auf freundschaftlichem Wege gesucht werden, von denen man am ehesten annehmen kann, daß sie die in Frage kommenden Parteien befriedigen".

Das ist wohl die beste Definition, die man bisher vom Wesen der „Société des Nations", wie sie heute ist, gegeben hat. Sie ist ein Ort, wo auf möglichst friedlichem Wegen internationale Politik gemacht werden soll. Daß der „Völkerbund", wie wir im Deutschen leider übertreibend sagen, eine überstaatliche Organisation sein könnte, daggegen wehren sich alle seine Mitglieder, die eifersüchtig über ihrer Souveränität wachen. Das heißt, was er sein und wollen kann, ist ein zwischenstaatliche Organisation, deren gute Dienste jedem Staat bereit sind, der sich ihrer bedienen will, und die gewisse schwache Möglichkeiten, Ansätze zu einer Weiterentwicklung in der Zukunft hat, um ihre Mitglieder, wenn eines von ihnen es fordert, zur Aufnahme der Diskussion zu veranlassen. Dieses bescheidene Recht will Italien dem von ihm mitgegründeten Bunde bestreiten, wenn auch in diplomatisch vorsichtiger Form, um den Pakt mit der Welt, die doch im Völkerbund organisiert ist, nicht zu zerreißen, und vor allem, um die Stellung des Vertreters der auf einmal wieder so heiß geliebten „lateinischen Schwesternation" nicht zu sehr zu erschweren.

Daß Mussolini den Austritt Italiens aus dem Völkerbund riskieren sollte, ist diesem klugen politischen Rechner nicht zuzutrauen, dessen „improvisierte" Aufwallungen echt „lateinischer Zorn" sind, der beim Lampenlicht gut studiert und vorbereitet ist. Aber auch wenn ihm die theatralische Geste des Austritts gut erscheinen sollte, so bliebe Italien noch zwei Jahre lang an den Pakt gebunden, und dann wäre der Völkerbund der Rücksichten ledig, die er bisher zu nehmen verpflichtet war. Die Phalanx gegen Italien, über die sich Mussolini kürzlich beschwerte, wäre dann geschlossen — bis auf Frankreich, das sich dann entscheiden müßte zwischen Italien und der übrigen Welt einschließlich Englands. Für diese Welt hat heute Branting, der an Ansehen beträchtlich gewonnen hat, das Wort ergriffen und von der Hoffnung gesprochen, die sich an den Friedenswillen der Völker und an den Völkerbundpakt klammert.

Trotz des hämischen Beifalls, dessen er sich erfreuen könnte, wird es sich Mussolini dreimal überlegen, ob er diese Hoffnungen so grob niederschlagen soll, denn er ist viel klüger, als seine Bewunderer von gestern und erst recht als die von heute.

Offizielle Verhandlungen mit Deutschland

Das Ergebnis der Pariser Besprechungen.

Von deutscher Seite wird die Erklärung, daß die Besprechungen zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten zu einer völligen Uebereinstimmung ihrer Ansichten geführt haben, mit Genugtuung aufgenommen werden. Abgesehen von Stammtischpolitikern und Zerstörungsspekulanten ist man sich im deutschen Volk darüber klar, daß ein erträglicher Zustand in Europa nur durch eine allgemeine Entspannung geschaffen werden kann. Im Interesse der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes liegt nicht ein Bruch der Entente, sondern ihre Erweiterung auf gesamteuropäischer Basis. Was Baldwin und Poincaré tatsächlich im einzelnen verabredet haben, darüber enthalten die bisherigen Veröffentlichungen keine konkreten Angaben. Von englischer Seite wird das Verhalten Poincarés als „äußerst versöhnlich" bezeichnet, während die französische Presse sich über Baldwins Stellungnahme entrüstet gebärdet. Verhältnismäßig wenig ist die Rede von Verhandlungen, die der französische Ministerpräsident vor dem Frühstück beim englischen Botschafter mit seinem belgischen Kollegen hatte; es ist aber kein Zweifel, daß die verständigungsbereite Haltung Belgiens einen ernsthaften Faktor in der französischen Rechnung darstellt. Diese Haltung Belgiens ist, wie bereits gestern betont wurde, nicht etwa auf eine „deutsche Intrige" zurückzuführen. Die Belgier sind so kluge Politiker und Unterhändler, daß nichts törichter gewesen wäre, als der Versuch, sie zu täuschen oder zu mißbrauchen. Vielmehr hat Brüssel früher als Paris erkannt, daß das Kabinett Stresemann tatsächlich die beste Garantie für eine schiedlich-friedliche Lösung des schädlichen Streites bietet, und dementsprechend richtet Belgien sein Verhalten ein. Es scheint dem Ministerpräsidenten Theunis gelungen zu sein, Poincarés Mißtrauen zu zerstreuen und dadurch auch der Verständigung mit Baldwin wirksam vorzuarbeiten. Diese Verständigung gipfelt offenbar in der Anklindigung der französischen Bereitschaft der inoffiziellen Fühlungnahme, offizielle Verhandlungen mit Deutschland folgen zu lassen. Das ist der positive Kern der Erklärungen, die von französischer Seite ausgehen. Ihr Ton läßt darauf schließen, daß der Abbau der Ruhrkriegsstimmung auf französischer Seite mindestens ebenso große Schwierigkeiten macht wie in Deutschland. Dabei glaubt man es sich in Paris leisten zu können, durch eine unfreundliche, unsachliche und unmoderne Polemik den Eindruck zu erwecken, als ob nach wie vor der Jusqu'auboutismus Trumpf sei, zur Freude der deutschen Rechts- und Linksradikalen. Aber der Ton dieser Musik besagt wenig gegenüber den realen Tatsachen, deren Wirksamkeit sich trotz aller Hindernisse durchzusetzen beginnt, dank vor allem der mutigen, unermüdlichen und geduldigen Bemühungen des Reichskanzlers Stresemann. Diese Bemühungen durch Zurückstellung innerpolitischer Kämpfe zu unterstützen, müßte die selbstverständliche Aufgabe aller nationalen Kreise sein.

J. E.

Die Havas-Note.

Paris, 20. September. (W. T. B.)

Zu der gestrigen Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré verbreitet Havas eine Mitteilung, in der es heißt: Die Zusammenkunft sei trotz der Kürze ein diplomatisches Ereignis von größter Bedeutung; das darüber ausgegebene Kommuniqué sei in dieser Hinsicht besonders bezeichnend, obwohl es diskret gehalten sei. Der Besuch, den der englische Premierminister vor seiner Rückkehr nach London dem Präsidenten der Republik und seinem französischen Kollegen abstattete, habe den Wiederbeginn vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen ankündigen sollen. Havas will darin das Zeichen einer teilweisen Meinungsänderung des englischen Kabinetts hinsichtlich der Methoden gegenüber Deutschland erkennen. Für die Alliierten Frankreichs, ob sie politisch, finanziell oder handelspolitisch interessiert seien, mache sich die Ruhraktion mitbezahlt. (!) Es sei übrigens im Augenblick möglich, die Legalität der von den Ministern in Paris und Brüssel getroffenen Zwangsmaßnahmen zu erörtern, da sie im Begriff seien, den erwarteten Erfolg zu bringen. Sicher sei, sagt Havas, daß die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet das systematischen Widerstandes gegen die alliierten Behörden überdrüssig sei, der ihr von Berlin „aufgezwungen" werde. Das Kabinett Stresemann selbst gebe sich über den Ausgang des eingeleiteten Kampfes keiner Täuschung mehr hin. Unter diesen Umständen sei Poincaré bereit, die **Verhandlungen mit dem Reiche wiederaufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Verordnungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden.** Poincaré halte sich immer noch an diese unerläßliche Bedingung. Es sei nicht überraschend, so führt die halbamtliche französische Agentur weiter aus, daß sich Baldwin der Logik der Begründung und der Stärke der Ueberzeugung seines französischen Kollegen angeschlossen habe. In keiner Frage bestehe eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel der beiden Regierungen und man hoffe, daß das in Berlin verstanden werde.

*

Zu der von Havas mitgeteilten Bereitschaft der französischen Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland, wenn der passive Widerstand aufhört, hören wir von unterrichteter Stelle:

Den Alliierten ist bekannt, daß auch Deutschland nichts anderes erstrebt, als eine Basis für die endgültigen Reparationsverhandlungen zu schaffen, die der französische Ministerpräsident jetzt in Aussicht stellt. Deutschland ist bereit, zu diesem Zwecke alles, was in seiner Macht liegt, zu tun, um die wirtschaftliche Arbeit des Ruhrgebiets wieder herzustellen. Dabei liegt aber auf der Hand, daß der praktische Erfolg aller Schritte, die Deutschland in dieser Richtung tun kann, durch das bedingt ist, was die Alliierten ihrerseits daraufhin tun. Eine Befriedung des Ruhrgebiets und eine Wiederaufnahme normaler wirtschaftlicher Funktionen ist auch nur für die Dauer eines Provisoriums schwer denkbar, wenn nicht die Verurteilten amnestiert werden, die Ausgewiesenen zurückkehren können und solange die Verwaltung nicht wieder in die Hände der deutschen Beamten gelegt ist. Ebenso hängt das Wiederaufleben der besetzten Gebiete davon ab, daß die freie Arbeit gewährleistet wird und der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet gesichert ist. Wird ein solcher Zustand mit möglichster Beschleunigung hergestellt, so ist das die Voraussetzung dafür, die Reparationsfrage selbst durch effektive Zahlungen in einer Weise zu lösen, die die Räumung des Ruhrgebiets in sich schließt und den vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wiederherstellt.

Baldwin bei Millerand.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris,** 20. September.

Ueber den Verlauf der Unterredung Baldwins mit Poincaré und Millerand liegen keinerlei authentische Mitteilungen vor. Alle Beteiligten haben sich zu strengem Stillschweigen verpflichtet. Unter diesen Umständen können die hier verbreiteten Versionen, die auch in den Morgenblättern hier und da auftauchen, nur mit Vorbehalt wiedergegeben werden. Sie sind bezeichnend für die Erwartungen, die von französischer Seite an die Zusammenkunft geknüpft werden.

Es verlautet, die französisch-englischen Meinungsverschiedenheiten über die Frage, welche Methode zur Erlangung deutscher Reparationsleistungen die beste sei, bestehen in vollem Umfang fort. Baldwin halte nach wie vor die Ruhraktion für verfehlt, gebe aber zu, daß die Einstellung des passiven Widerstandes mit oder ohne Zustimmung der Berliner Regierung nahe bevorstehe und habe sich deshalb besonders für die Frage interessiert, was dann eintreten werde. Baldwin soll Poincaré empfohlen haben, auf der Zurückziehung der Widerstandsverordnungen durch die deutsche Regierung nicht zu bestehen, und sich jetzt bereits zu Verhandlungen mit Deutschland bereit zu erklären. Poincaré hat

diesen Vorschlag, angeblich mit dem Hinweis auf die bekannten französisch-belgischen Erklärungen, abgelehnt. Baldwin soll weiter betont haben, daß England an den erwarteten Reparationsverhandlungen teilnehmen wolle und daß es eventuell auch zur Teilnahme an einer Kontrollaktion im Ruhrgebiet bereit wäre, falls die militärische Besetzung nach und nach aufgehoben würde. Diese beiden Vorschläge haben bei Poincaré angeblich eine günstige Aufnahme gefunden.

Die Morgenblätter begrüßen fast ausnahmslos die „Wiederherstellung des Vertrauens" zwischen Frankreich und England. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Ereignis in Berlin entscheidend wirken werde, und die meisten Blätter vertreten die Ansicht, daß die „letzten Hoffnungen" Deutschlands auf einen Konflikt zwischen Frankreich und England durch die gestrige Zusammenkunft vernichtet worden seien und Stresemann sich nun rasch entschließen werde, durch Einstellung des passiven Widerstandes die Möglichkeit von Verhandlungen zu schaffen.

Poincarés „versöhnlicher Geist".

London, 20. September. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die bisherigen Erfahrungen hätten gelehrt, wie groß die Zahl der Meinungsverschiedenheiten über die Methoden im Verlaufe von vier Verhandlungsjahren sein könne. Man täte daher gut, für den Augenblick keine übertriebenen Hoffnungen, selbst auf ein so befriedigendes Communiqué, wie das gestern in Paris veröffentlichte, zu setzen.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die Franzosen seien der Ansicht, daß jetzt ein entschlossener Geist geschaffen worden sei, um England und Frankreich zusammenzubringen. **Britische Vertreter verhehlten nicht ihre Befriedigung über das Ergebnis der Besprechung.** Die Ruhrangelegenheit sei natürlich unter den ersten Fragen gewesen, die erörtert wurden, insbesondere die Lage, die nach Einstellung des passiven Widerstandes entstehen würde. Der Berichterstatter läßt durchblicken, daß die Haltung Poincarés in diesem Punkte „äußerst versöhnlich" gewesen sei und vertritt die Ansicht, daß dies eine bedeutsame Rückwirkung auf Deutschland ausüben werde. Man stimme darin überein, daß weitere Erörterungen in naher Zukunft notwendig sein würden angesichts der Lage Deutschlands und der Beschlüsse, die gefaßt werden müßten, um Deutschland in den Stand zu setzen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Dies sei eine Finanzfrage. Dem Berichterstatter wurde gesagt, daß Poincaré auch in dieser Beziehung einen „versöhnlichen Geist" an den Tag gelegt habe. Es sei betont worden, daß **keinerlei Wunsch auf Seiten Frankreichs bestehe, Deutschland wirtschaftlich zu erdrücken oder zu entmutigen.** Dies sei wahrscheinlich der interessanteste Teil der gestrigen Unterredung gewesen. Man sei in der Lage, dem französischen Standpunkt zu entnehmen, daß eine Neigung bestehe, Deutschland zu helfen, und daß Deutschland geholfen werden könne, wenn die Punkte, die zur Besetzung des Ruhrgebiets führten, geregelt worden seien. Wenn Deutschland befriedigende Vorschläge zur Bezahlung seiner Schulden mache, werde die Frage eines Moratoriums unverzüglich erörtert werden.

Eine Pariser Reutermeldung vom gestrigen Abend besagt, in britischen Kreisen verlaute, daß keine weitere Zusammenkunft zwischen den beiden Premierministern stattfinden werde, wenn Poincaré nicht darum ersuche; dies sei aber nicht wahrscheinlich. Baldwin sei dem Vernehmen nach „ganz befriedigt" von den Ergebnissen der gestrigen Unterredung, die, obgleich keinerlei Beschlüsse gefaßt wurden, den beiden Premierministern ermöglichte, ihren beiderseitigen Standpunkt besser zu vergleichen und außerdem eine freundschaftliche Berührung, begründet auf persönlicher Bekanntschaft, herzustellen. Es verlautet, daß die Reparationsfrage die einzige Frage war, die erörtert wurde.

Die nationalistische Fronde.

Die deutschnationale Partei veröffentlicht folgende Erklärung ihrer Reichs- und Landtagsfraktion:

„Wir erheben in letzter Stunde scharfen Einspruch gegen die von der Regierung Stresemann unter dem Wechsel des Kurses eingeschlagene Politik, die offensichtlich eine Verständigung um jeden Preis mit dem haßerfüllten und unversöhnlichen Frankreich erstrebt. Solche Politik kann nur zur vollen Kapitulation führen. Eine Preisgabe des Widerspruches an Rhein und Ruhr durch Zurückziehung der Anordnungen der Regierung müßte uns dem französischen Diktat widerstandslos unterwerfen. Durch zweideutige und unverbindliche Zusagen des Gegners dürfen wir uns darüber nicht täuschen lassen. Als Ergebnis auf dieser Grundlage geführter Verhandlungen kann nur erwartet werden, daß der Raub von Rhein und Ruhr durch eine deutsche Unterschrift mit dem Schein des Rechts umkleidet wird, und daß Frankreich aufs neue wahnsinnige und unerfüllbare Reparationsforderungen festlegt, zu deren Erfüllung Deutschland sich dann durch seine Unterschrift gebunden hat. Damit kann dem deutschen Volk nicht geholfen und der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch nicht aufgehalten werden. Kapitulation und Unterschrift heben nicht die Not, sondern fügen zur Not auch noch die Schande. Wir aber wissen, daß unser Volk noch stark genug ist, um sich der Schande zu erwehren. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte die Verantwortung für jede Politik der Schwäche und der Scheu vor der letzten Entscheidung ab. Sie erklärt feierlich, daß sie deren Ergebnisse niemals anerkennen würde."

Was hier von der Deutschnationalen Volkspartei „in letzter Stunde" getrieben wird, ist verlogene Demagogie. Niemand redet von einer „Verständigung um jeden Preis". Niemand denkt daran, den Ruhreinbruch mit dem Schein des Rechts zu umkleiden. Niemand, außer Leuten, die selbst dem Grundsatz, daß Macht vor Recht geht, huldigen, wird je es als „Schande" empfinden, die Konsequenzen aus der Machtlosigkeit zu ziehen.

Die deutschnationale Erklärung ist weiterhin billige Demagogie. Sie lehnt mit großartiger Geste die Verantwortung für die Politik der Reichsregierung und ihre Folgen vor „dem deutschen Volk und der Geschichte" ab. Niemand mutet ihr zu, diese Verantwortung zu tragen. Das deutsche Volk ist im Gegenteil der Ansicht, daß die Kreise, aus denen sich die jetzige Deutschnationale Volkspartei zusammensetzt, reichlich genug an der Verantwortung zu tragen haben, die sie „vor dem deutschen Volk und der Geschichte" dafür tragen, daß sie, nicht genug am Schicksal, das uns den Krieg gebracht und ihn uns haben verlieren machen, ihr übergroßes Maß von Schuld zu haben, durch ihre Quertreibereien und sinnlose Oppositionspolitik nach dem Zusammenbruch Deutschland dahin gebracht haben, wo es heute steht.

Abgesehen aber von dieser Verantwortung für vergangene Schuld gehört ein unerhörtes Maß von Verantwortungslosigkeit dazu, durch leere Phrasen unser gepeinigtes Volk auch noch das Vertrauen zu den Männern zu nehmen, die es in Deutschlands schwerster Stunde unternommen haben, diesem Volk, das unter den obwaltenden Umständen und Machtverhältnissen einzig mögliche Maximum von politischer und wirtschaftlicher Freiheit zu retten.

Hindenburg mahnt in München.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 20. September.

Gestern nachmittag ist Hindenburg auf der Rückreise vom bayerischen Gebirge hier durchgekommen. Unter den zur Begrüßung Erschienenen befanden sich Herr v. Kahr, General Ludendorff, der Kabinettschef des Ex-Kronprinzen Rupprecht Graf Soden und andere. An den Professor Hermann Bauer, den Präsidenten der Vaterländischen Verbände, richtete Hindenburg die dringende Mahnung, daß Bayern sich keinesfalls vom Reiche trennen dürfe, auch nicht vorübergehend. — Bauer hatte, wie erinnerlich ist, neulich in einer Berliner Rede neuerlich wieder verkündet, daß Bayern seine „eigenen Wege" gehen werde. Die Vaterländischen Verbände würden im Falle einer Orientierung nach links nicht los von Berlin, sondern auf Berlin losmarschieren. — Ich erfahre ferner, daß der Feldmarschall die Gelegenheit benutzte, um vermittelnd zwischen Ludendorff und Graf Soden, dem Vertrauten des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht, zu wirken.

Teilung Fiumes?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

mv **Belgrad**, 20. September.

Bezüglich der Lösung der Fiumefrage verlautet in gut informierten Kreisen, daß, wie es scheint, von italienischer Seite eine Teilung der Stadt Fiume vorgeschlagen wird, und zwar derart, daß das ganze Hinterland an Südslawien angegliedert wird, während Italien längs des Meeresufers einen Korridor einschließlich der Stadt Fiume erhält. Durch weitere Verhandlungen soll Südslawien die vollkommene Benutzung des Hafens von Fiume garantiert werden.

Die Antwort auf diese Vorschläge Italiens wurde in der vorgestrigen Sitzung des Ministerrats, wie verlautet, festgesetzt. Gestern abend ist ein höherer Beamter des Außenministeriums nach Rom abgereist, welcher heute den Beschluß des Ministerrats dem jugoslawischen Gesandten in Rom zur Uebermittlung an die italienische Regierung einhändigen wird. Es verlautet, daß die italienischen Vorschläge mit gewissen unbedeutenden Abänderungen angenommen werden.

Zankoffs Kabinett gefährdet.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Sofia**, 20. September.

Die schon lange bestehende latente Kabinettskrise droht jetzt offen auszubrechen. Die Sozialisten verlangen den Austritt des nationalliberalen Ministers Smyloff und wollen von einer Verständigung nichts wissen. Sie drohen sogar, ihren Minister Kasasoff aus der Regierung zurückzuziehen, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen wird. Die Entscheidung drängt, da Neuwahlen auszuschreiben sind, und da die Sozialisten die Frage der Wahllisten solange nicht behandeln wollen, als Smyloff sich im Kabinett befindet. Eine weitere Verzögerung der Wahlen wäre erwünscht. Ministerpräsident Zankoff befindet sich deshalb auf dem Kreuzwege, da verschiedene, besonders außenpolitische Gründe, mehr als je die Einheit im Kabinett erfordern und andererseits die Nationalliberalen erklären, aus dem Kabinett nur dann auszuscheiden, wenn Zankoff die Demission des gesamten Kabinetts einreicht und der König ihn mit der Bildung eines neuen Kabinetts ohne ihre Beteiligung beauftragt.

Oesterreich als Lehrmeister.

kl **Wien**, 19. September.

Die Beratungen, die der österreichische Ersparungskommissar Dr. Hornik mit dem Leiter des deutschen Sparbüros, Sämisch, in Reichenhall hatte, und denen auch Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des preußischen und des bayerischen Finanzministeriums und der Verwaltung der Reichseisenbahn beiwohnten, werden in nächster Zeit in Berlin fortgesetzt werden. Entsprechend dem Wunsche der deutschen Vertreter legte der österreichische Ersparungskommissar die Grundzüge des Beamtenabbaues, seine Durchführung sowie die Vereinfachung der Ver-

Der Groß-Buddha von Kamakura.

Von

Fedor von Zobeltitz.

Eine halbe Stunde landeinwärts von Yokohama liegt das stille Dorf Kamakura. Das letzte Erdbeben hat es bis auf den Rest zerstört. Kamakura war eine beliebte Sommerfrische der vornehmen Welt Yokohamas. Auch Fürst Matsukata befand sich unter den Todesopfern, die hier die ungeheuerliche Katastrophe forderte. Als ich 1910 in Japan war, hat man mir den alten Herrn zeigen können. Er führte damals noch nicht den Fürstentitel, war aber als Präsident des Geheimen Staatsrats eine politisch ungemein einflußreiche Persönlichkeit und galt als das Haupt der reaktionären Partei.

Im Pinienhain am schönen Strande der Saganisbucht stand sein Landhaus. Man sah es durch die Bäume schimmern, wenn man am Bahnhofe von Kamakura die Rikscha bestieg, um sich in das Tempelgelände der alten Hauptstadt Ost-Japans fahren zu lassen. Ich sehe es in der Erinnerung noch vor mir, sehe den unendlichen Zauber dieser Landschaft, die zahllosen, im Walddickicht verstreuten mächtig großen und wieder winzig kleinen Gotteshäuser und den bronzenen Riesen des Göttergeschlechts im Dämmergrün der Kryptomerien — und kann kaum fassen, daß diese ganze Pracht zerstört, vernichtet, verschwunden sein soll.

Zu Beginn des zwölften Jahrhunderts, im Kampf der Geschlechtsoberhäupter, der den Kaiser zum Spielball der Parteien machte, errang Yorimoto, der Lieblingsheld der Japaner, alle Gewalt und erhob Kamakura zur Residenz. Unter dem Hausmeiertum der Schögune und später der Daimyo, dem Kriegsadel, blühte das Städtchen auf und erhielt sich in seiner Blüte bis zum Ende des fünfzehnten Jahrhunderts gegen den Hof des Mikado in Kioto. Dann trat der Verfall ein. Schon 1369 und 1494 hatten gewaltige Erdbebenflutwellen umfangreiche Zerstörungen angerichtet. Die holzgebauten Paläste der Großen sanken in Trümmer, und als unter dem Kaiser Oogimachi die Pazifierung des Landes begann, vereinsamte Kamakura immer mehr und blieb nur noch ein Wallfahrtsort für die Hunderttausende, die dem Groß-Buddha ihre Gebete weihten.

In einem reizenden japanischen Gasthof mit strohüberdachtem Torweg und Votivlaternen im Vorgärtchen hatte ich damals Quartier genommen und ließ mich nun von einem schnellfüßigen Pferdemenschen in den Tempelpark tragen, begierig auf das große Wunder des Riesenbuddha, mit dessen Bau man 1252 begonnen hatte, zu einer Zeit, da sich der Buddhismus, den alten Geisterglauben des Shintoismus verdrängend, zu seiner höchsten geistigen und materiellen Macht entfaltete. Das bronzene Standbild sollte ein Symbol dieser Macht sein und hat bis zur letzten Naturkatastrophe sich auch so erhalten können, obschon der gigantische Tempelumbau längst zerfallen und nicht wieder erneuert worden ist. Bronzene Daibuts, Kolossalmonumente des Buddha, sind über ganz Japan verstreut, und fast alle tragen sie den gleichen Ausdruck von hindämmernder, sanfter Geistlosigkeit in den erzenen Zügen. Nur der Daibut von Kamakura macht eine Ausnahme. Er thront mitten im Walde, in einem Gehege von Kryptomerien, Kirschbäumen, Eichen, Bambusdickicht, unfern eines stillen, mit Wasserrosen bedeckten Lotosteichs, und hat ein mildes, verzeihendes Lächeln auf dem braunen Antlitz, und unter dem Halbschatten der grünen Wipfel scheint zuweilen sogar etwas wie ein ehrfurchtgebietendes Geheimnis seine Miene zu durchleuchten.

Er ist wirklich ein Riese. Staunend steht man vor dieser Ungeheuerlichkeit in einem Dom der Natur, wie ihn erhabener keine Künstlerhand schaffen konnte. Der Buddha sitzt, er hat 30 Meter im Umfang und ist 16 Meter hoch. Seine Gesichtslänge beträgt fast drei Meter, die Nase allein hat eine Länge von über einen Meter. Bonzen in wallender, weißer oder weißgelber Gewandung harren der Fremden. Sie sehen feierlich aus, und jede ihrer Bewegungen ist von hieratischer Gemessenheit. Aber sie verstehen sich auch auf den Handel. Sie verkaufen allerhand Krimskram, Wahrsagerollen und Amulette und ganz moderne Ansichtspostkarten, und führen dich gegen ein gutes Trinkgeld in das hohle Innere des Buddha. Da stehen kleine Altäre mit Weihgeschenken der Gläubigen, und klettert man weiter halsbrecherische Treppen hinauf, so gelangt man in den Kopf des Standbildes mit einer Kapelle in grünlichem Goldglanz. Es ist alles merkwürdig unwirklich. Es ist groß und doch wieder kleinlich. Wenn die Phantasie wandert, kann man an die Feudalzeit des Buddhismus denken, aber die Wirklichkeit mit ihrem Verfall läßt sich nicht ausschalten.

In der grünen Wirrnis wimmelt es von Priestern, die wie lichte Schatten durch das Gelände streichen, Wächter der zahllosen kleinen Tempelchen, die man alle besichtigen kann, doch immer nur gegen Trinkgeld. Für ein paar Sen sieht man im Ennoji die berühmte Holzfigur des Höllenfürsten und im Kwannontempel das Bildnis der Gnadenbringerin, braungoldig und tief versteckt in einer dunkel Nische. Aber ein Bonze steht schon bereit mit trinkgeldheischender offener Hand und zündet dann Kerzen an und läßt Lichtreflexe über das Gesicht der Göttin zittern, so daß die Züge sich zu beleben scheinen. Schöner noch ist es draußen auf dem steilen Hange des Tempels, von dem aus man weit über das Land schauen kann, über Felder und Haine und malerische Schluchten und die kleinen Dörfer der Sagamibucht bis zu der heiligen Insel Enoschima, die das letzte Erdbeben auch verschlungen hat. Damals stand sie noch, über eine schmale Holzbrücke betrat man das Inselchen und konnte die mit Verkaufsbuden und Tempelschreiern dicht gefüllte mächtige Felshöhle besuchen, in der die Glücksgöttin Benten dereinst das Land von einem Drachen befreite, indem sie das Untier kurzerhand heiratete und unter ihren Pantoffel brachte.

Nun ist die heilige Insel verschwunden. Auch der Tempel des Hachiman, des grimmigen Kriegsgotts, am Ende einer wundervollen Kiefernallee, zu dem man durch drei mächtige Torbogen auf breiter Steintreppe hinaufstieg, vorüber an jenem tausendjährigen Ichobaum, den sechs Männer kaum umspannen konnten — auch der mag in Trümmern liegen, und die Sturmflut kann den Baumgiganten entwurzelt haben. Steht noch der Groß-Buddha im Tempelwalde von Kamakura? Er hat mehr als sechs Jahrhunderte überlebt, und das verzeihende Lächeln blieb auf seinem Gesicht, da ein paarmal rings um ihn die Erde bebte. So sah ich ihn noch. Und jetzt lese ich, daß Kamakura vollständig zerstört worden ist. Vollständig. Vielleicht ist auch der Groß-Buddha lächelnd von seinem Sockel gestürzt, lächelnd über das Weh der Welt wie ein Philosoph, für den alles schon da war.

„Ein Märchen aus Florenz." Aus Wien drahtet unser Berichterstatter: Ralf Benatzky hat, mit witziger Musik ausgestattet, unter textlicher Beteiligung von Oskar Friedmann und Toni Schwanau, „Ein Märchen aus Florenz" im Johann-Strauß-Theater zu lebhaftem Erfolg gebracht. Zum ersten Male tritt Katharina von Medici als Operettendiva auf, 20jährig und noch jungfräulich, verliebt in einen florentinischen Maler, der zunächst vor Gericht sitzt, weil er die schöne Katharina beleidigte, dem sie dann Modell steht und dem das Herze bricht, als sie dem viel jüngeren König die Hand reicht. Die Walzer- und Jimmyschlager, darunter als zugkräftigster der „Sensationen, Sensationen braucht das Weib" begleiten leider die Katharina von Medici nicht auf ihrem historischen Wege, bis zu den Giftschränken des Schlosses in der Touraine. Erszy Pech vom Budapester Königstheater eroberte sich als Diva zum ersten Male auch Wien.

Das Jubiläum der Dresdener Staatskapelle. Unser Dresdener Korrespondent berichtet uns: Unter Fritz Buschs guter Leitung wurde im vormaligen Residenzschloß zu Dresden ein Kammerkonzert gegeben. Es war die erste Veranstaltung zur Feier des 375jährigen Jubiläums der „musikalischen Kapelle". Zwischen Arbeiterdemonstrationen ging man zum Schloß. Vorm Tore Wachen — dahinter ein Trupp Soldaten. Der zweite Hof weit und dunkel, die alten Türme wahrhaft königlich. Das Publikum stolperte lachend und schwatzend die ehrwürdige Wendeltreppe hinauf. Man drängte sich am Eingang zum Saal. Der Thron war wie im Wege. Das Publikum — manche im Frack und großer Abendtoilette, die meisten in gleichgültigen Straßenkleidern — staunte neugierig. Geistige Gesichter sah man wenige. Man wußte nicht recht, ob die vielen Lichter auf den Kronleuchtern wirklich für dieses Publikum

waltung und die Sparmaßnahmen bei den Eisenbahnen dar. Die Konferenz hat bisher ergeben, daß die zur Sanierung der öffentlichen Verwaltung in Oesterreich getroffenen Verfügungen vielfach auch auf deutsche Verhältnisse anwendbar sind.

Auch die polnische und die ungarische Regierung haben sich an Oesterreichs Erf... ungskommissar Dr. Hornik um eingehende Orientierung über den Beamtenabbau gewandt.

Das Mannheimer Schloß besetzt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

w **Mannheim,** 20. September.

Heute früh 5½ Uhr kamen 2 bis 3 französische Kompagnien über die Rheinbrücke, bildeten um das Schloß einen Kordon und besetzten das Innere des Gebäudes. In dem Schloß sind untergebracht das Amts- und Landgericht, ferner einzelne Verwaltungen, wie Steuerkasse und Teile des Finanzamtes usw. In diesen Betrieben ruht jetzt die Arbeit. Es wurden mehrere Beamte festgenommen und zur Wache gebracht. Man vermutet, daß die Franzosen es auf Geld abgesehen haben, doch wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß sich zurzeit keine nennenswerten ...mmen im Schloß befinden.

*

Gründe für das Vorgehen der Franzosen sind bisher nicht angegeben worden, aber es ist nicht zweifelhaft, daß sich schon irgendeine „Begründung" finden wird. Der Akt selbst ist eine der vielen Sinnlosigkeiten, die die französischen Gewalthaber in den letzten acht Monaten auf deutschem Boden begangen haben. Eine halbwegs plausible Erklärung läßt sich dafür nicht geben. Denn ein Barockschloß, in dem ein paar Justiz- und Verwaltungsbehörden untergebracht sind, wird man wohl in Paris nicht als „produktives Pfand" ansehen. Die Besetzung ist eine Schikane, nichts weiter, die um so bedauerlicher ist, als sie in einem Augenblick geschieht, wo die Möglichkeit deutsch-französischer Verhandlungen in sichtbare Nähe gerückt ist.

Für Verständigung.

In Frankfurt am Main fand eine Vertrauensmänner-Konferenz der Zentrumspartei aus Hessen und Hessen-Nassau statt, die außerordentlich zahlreich besucht war. Der Parteivorsitzende Senatspräsident Dr. Marx leitete die Beratungen ein durch ein ausführliches Referat über die außen- und innenpolitische Lage. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Wir halten fest am Deutschen Reich und seiner Verfassung, darum stehen wir auch fest hinter der verfassungsmäßigen Regierung, von der wir die Herbeiführung einer ehrlichen, aber auch erträglichen Verständigung mit Frankreich erhoffen unter Wahrung der Unversehrtheit des Reiches und seiner Souveränität. Die Verhältnisse drängen auf möglichst rasche und vollständige Lösung der schwebenden Fragen."

Die Goldanleihe im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 19. September. (W. T. B.)

Nach einem von General Denvignes beim Regierungspräsidenten von Düsseldorf eingegangenen Schreiben vom 17. September ist das unter dem 14. September erlassene Verbot der Zeichnung der Goldanleihe im besetzten Gebiet als nicht ergangen anzusehen.

Aegyptische Gesandte.

Der „Petit Parisien" meldet aus Kairo, daß ein königliches Dekret folgende Männer zu ägyptischen Gesandten ernenne: in Paris Mahmud Fakhri Pascha, in London Azid Izzet Pascha, in Rom Ziwer Pascha und in Washington Yousry Pascha.

---

brannten. Man wartete um so mehr auf die Musik selbst und hörte: ein Vivaldi-Konzert für vier Violinen, das Busch vom Flügel aus dirigierte, Max Regers Variationen für zwei Klaviere (Fritz Busch und Hermann Drews) und eine Draeseke-Serenade. Es wurde gut musiziert im selbstverständlich hohen Niveau der Dresdener Oper. Aber warum gibt man ein so farbloses Programm zur Feier des Jubiläums? Warum fehlt jede Schwungkraft zu einer neuen Leistung? (Was schenkte Schuch bei solchen Gelegenheiten an Neuem den Dresdenern, von älteren Glanzzeiten der Kapelle gar nicht zu reden!) — Der Rückweg über den Hof war wieder schön. Auf der Straße standen noch immer die Arbeiter. Aengstlich fragte man sich, ob ihr Gesinge nicht lebendiger als jene blasse Musik im vormaligen Thronsaal. — Als zweite Feier des Jubiläums spielte die Kapelle Sonntag vormittag in der Kath. Hofkirche eine Messe von Hasse, Graduale, von Scarlatti und Offertorium von Naumann.

H. G . . . tt.

Berliner Singschule. Nach süddeutschem Muster wird im Oktober eine Berliner Singschule eröffnet werden. Zweck der Schule ist, Verständnis und Begeisterung für den Gesang, besonders für das deutsche Volkslied, zu erwecken, durch Stimmbildung, praktisches Notensingen, rhythmische Uebungen und Eindringen in das Verständnis des musikalischen Kunstwerks brauchbare Sänger und Sängerinnen für Chor und Solo heranzuziehen. Die Schule soll umfassen: drei aufsteigende Klassen für Knaben und Mädchen vom 9. Jahre ab, Fortbildungskurse für Jugendliche, Abendkurse für Frauen und Männer, Ausbildungsklassen für Konzert und Oper, Kurse für das Gitarr- und Lautenspiel, Kurse für rhythmische Gymnastik nach der Methode Jacques-Dalcroze. Dozenten sind St. Domsänger H. Neubauer, Kgl. Musikdir. M. Eschke, Albert Röller, Kgl. Musikdir. Joh. Senftleben, Richard Gütte, C. Feist, Pius Kalt, Kapellmstr. Fritz Bäcker, Max Geselle, Johannes Müller, Charlotte Pfeffer (Lehrerin für rhythmische Gymnastik an der Staatl. Hochschule für Musik), Bruno u. Carl Henze (Laute), Elfriede Hastung-Ulrich u. W. Hastung.

Aus den Theatern. Im Deutschen Theater wird Alexander Moissi Montag, 24. d. M., in Richard Beer-Hofmanns „Graf von Charolais" auftreten. Es ist dies die einzige Aufführung dieses Werkes, da Moissi durch ausländische Verpflichtungen verhindert ist, die Vorstellung zu wiederholen.

Im Theater i. d. Königgrätzer Straße wird als nächste Novität Franz Werfels Drama „Schweiger" vorbereitet. Die Hauptrollen werden von Ernst Deutsch, Dagny Servaes, Frieda Richard, Hermann Vallentin und Hans Herrmann dargestellt.

Vortragsabende. Dr. Ernst Wachler hält im September und Oktober in Berlin-Lichterfelde im Lesezimmer der Volksbibliothek (Realgymnasium, Drakestraße) zwei Vorträge über Gobineau als Forscher und Künstler und vier Vorträge über Fr. Nietzsche „Die Umwertung aller Werte". Anmeldungen an den Bürgerbund in Lichterfelde-West, Drakestr. 64.

Mariarty, der „moderne Prophet", wird am 28. September im Blüthner-Saal einen Vortrag halten. „Deutschlands Erlösung 1924" heißt das Thema. Anschließend findet eine Fragenbeantwortung statt.

Schon wieder Abbau des „Kölln"?

Gefährdung der Begabtenklassen.

Das Köllnische Gymnasium scheint nicht zur Ruhe kommen zu sollen. Kaum ist das alte „Kölln" begraben, so regt sich's schon wieder. Ein deutschnationaler Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung wurde angenommen, der die Oberstufe des neuen „Kölln" ebenfalls in der Versenkung verschwinden lassen will. Gestern faßte eine Elternversammlung eine Entschließung, in der der Magistrat dringend ersucht wird, diesem Antrag keine Folge zu leisten.

Das neue Köllnische Gymnasium beherbergt bekanntlich die Kaempf-Realschule, die vom Friedrichs-Gymnasium hierher übergesiedelt ist, und die „Begabtenklassen", die der frühere Stadtschulrat Dr. Reimann vor sechs Jahren ins Leben gerufen hat. Sie beginnen, wie die Kaempf-Realschule, mit Untertertia und führen zur Reifeprüfung. Sie werden namentlich von Söhnen unbemittelter Eltern besucht, die sich durch Fleiß und Begabung für wissenschaftliche Fächer auszeichnen. Berlin hat sich damit eine Schule geschaffen, die einzigartig ist und auf die die Reichshauptstadt stolz sein kann. Soeben ist an der Anstalt zum ersten Male die Reifeprüfung abgehalten worden: das Ergebnis war geradezu glänzend: nicht nur, daß die Kenntnisse der Prüflinge hervorragend waren, sondern es zeigte sich bei ihnen auch eine ganz besondere Reife des Urteils, die vom Oberschulrat und dem Referenten im Ministerium gleichmäßig anerkannt wurde. Zum Dank dafür will jetzt Berlin die Oberstufe abbauen!

Der einzige Grund ist, daß sie schwach besucht ist und daß die Stadt sparen muß. Das würde sich hören lassen, wenn es sich um eine andere Anstalt handelte, nicht aber bei dieser. Denn zunächst erfüllt sie einen besonderen Zweck. Weiter aber wird sie aufs sparsamste behandelt. Von Untersekunda ab setzt ein realgymnasialer und gymnasialer Zug ein; wegen seiner schwachen Besetzung ist der Unterricht in beiden soviel wie möglich zusammengelegt worden, so daß vier Studienratsstellen gespart werden. Zu Michaelis gehen weitere vier Studienräte ab; auch diese werden eingespart. Nur ein Studienassessor wird angefordert. In Wahrheit also spart die Stadt an den Klassen.

Zudem ist die Leere in ihnen dadurch hervorgerufen, daß einerseits die versprochene „Erziehungsbeihilfe" lange nicht mit der Geldentwertung gleichen Schritt gehalten hat und andererseits bei der schlimmen Teuerung die Familien in Not gerieten und nun die Schüler herausgenommen wurden, weil sie verdienen mußten. Aber das sind doch unverschuldete Unglücksfälle für die Anstalt, die hoffentlich auch wieder einmal aufhören werden. Auch ist das Kollegium mit einem Plan beschäftigt, die Kaempf-Realschule so mit dem Gymnasium und Realgymnasium zu verknüpfen, daß sich eine Uebergangsmöglichkeit ergibt — dann würde der Zufluß zur Oberstufe gesichert sein. Es ist kein Zeichen einer großzügigen Schulpolitik, wenn man nur die Gegenwart, nicht auch die Aussichten für die Zukunft in Rechnung zieht.

Das alles aber ist nur die pädagogische Seite. Die Angelegenheit hat aber noch einen pikanten politischen Beigeschmack. Der Antrag der Deutschnationalen Partei figurierte nämlich zuerst unter dem Namen eines an der Anstalt selbst angestellten Studienrats, der gegen seinen Direktor, der der Kommunistischen Partei angehört, einen politischen Vorstoß machte. Da der Antrag wiederholt durchfiel, wurde der Name des Antragstellers geändert, und in dem Tohuwabohu, das in der Stadtverordnetensitzung bei der Annahme des letzten Haushalts herrschte, der bekanntlich zuerst abgelehnt wurde, kam er ganz unbeachtet mit zahlreichen anderen zur Annahme. Es ist recht bedauerlich, daß parteipolitische Tendenzen hier mitgesprochen haben, wo es sich ausschließlich um eine Schulfrage handelt, und es wäre um so unverständlicher, wenn der Magistrat dem Antrage, der von einer bemerkenswerten Kurzsichtigkeit zeugt, willfahren wollte.

Hi.

Der steigende Brotpreis. Infolge des weiteren Anziehens der Mehlpreise hat der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins mit Wirkung von heute ab den Preis für ein markenfreies Brot auf 14 Millionen Mark und die markenfreie Schrippe auf 580 000 M. festgesetzt. Die übrigen Gebäcksorten werden entsprechend erhöht.

Der Aerzte-Index. Die Honorar-Kommission der Aerzte-Kammer und des Groß-Berliner Aerzte-Bundes hat den Teuerungs-Index, nach dem die Gebühren in der Privatpraxis berechnet werden, auf 18 Millionen festgesetzt.

Tariferhöhung bei der Hochbahn. Die Hochbahn erhöht von morgen, Freitag, ab die Tarife in folgender Weise: Die Fahrt bis zum fünften Bahnhof kostet in der 3. Klasse 1,5 Millionen, in der 2. Klasse 2 Millionen. Die ganze Fahrt kostet für die 3. Klasse 2 Millionen, für die 2. Klasse 2,5 Millionen Mark. Blocks zu zehn Karten bis zum 5. Bahnhof 13 Millionen in der 3. Klasse und 18 Millionen in der 2. Klasse, für die ganze Strecke 18 und 22,5 Millionen Mark. Wochenkarten zu 12 Fahrten für die ganze Strecke kosten in der 3. Klasse 18 Millionen, in der 2. Klasse 22,5 Millionen Mark.

Karl v. Kähne legt Berufung ein. Der Rechtsbeistand des vor einigen Tagen vom Amtsgericht Werder zu neun Monaten Gefängnis verurteilten Karl v. Kähne, des Sohnes des Schloßherrn auf Paetzow, Dr. Neumond, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Verhandlung wird vor dem Landgericht Potsdam stattfinden.

Personalien. Der Chef der Berliner Niederlassung der Firma Beer, Sondheimer & Co., Moritz Kleemann, Charlottenburg, ist zum Handels-Gerichtsrat beim Landgericht I ernannt worden.

Zum Direktor der Königstädtischen Ober-Realschule ist der Studienrat an der Städtischen Studienanstalt Dr. Ernst Lamla gewählt worden.

Abbruch des Generalstreiks in Baden. Eine gestern abend im Freiburger Gewerkschaftshaus abgehaltene Sitzung der Betriebsräte und Kartelldelegierten hat mit 196 gegen 156 Stimmen beschlossen, den Generalstreik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Notausgabe der New-Yorker Zeitungen. Die Besitzer der bestreikten New Yorker Abendzeitungen haben beschlossen, eine Art gemeinsamer Abendausgabe herauszugeben, zu welcher alle abends erscheinenden Zeitungen ihre Beiträge liefern könnten.

Schwerer Straßenunfall. Der 70 Jahre alte Regierungsrat Dr. Artur von Stu...itz, der Verleger der „Berliner Hausfrau", aus der Wißmannstraße in Grunewald, wurde beim Ueberschreiten der Königsallee an der Ecke der Wallotstraße von einem Motorrad überfahren. Er wurde in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Beim Einbruch überrascht und niedergeschossen. Heute kurz nach Mitternacht bemerkten Schutzpolizeibeamte mehrere Einbrecher Am Friedrichshain Nr. 20, Wäschegeschäft von M. Grabandt, bei der Arbeit. Sie versuchten mittels Eisenstangen und Einbruchswerkzeug die Tür zu öffnen und ins Geschäft einzudringen. Als sie sich entdeckt sahen, ließen sie ihr Einbruchswerkzeug im Stich und ergriffen die Flucht. Die Beamten nahmen sofort die Verfolgung auf und feuerten mehrere Schüsse auf die Fliehenden ab, da sie auf mehrere „Halt"-Rufe nicht reagierten. Einer der Einbrecher, der angeblich Grosse heißt, wurde durch einen Kopfschuß in der Nähe Am Königstor niedergestreckt. Er wurde in einer Droschke dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt, wo er heute morgen gegen 7 Uhr seinen Verletzungen erlag. Die übrigen Einbrecher entkamen infolge der Dunkelheit. Bei der Durchsuchung der Sachen des Grosse fand man eine Brieftasche mit 98 Mill. M. in bar.

Die Not der Sozialversicherung.

Gegen Abbauversuche.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages setzte seine Besprechungen über die Leistungen der Invalidenversicherung fort. Die Regierung teilte dabei mit, daß vom 1. Oktober an mit einem Index von 7½ Millionen gerechnet werden müsse. Ein Arbeiter in der Lohnklasse 46, in der sich die meisten Arbeiter befinden, hätte wöchentlich 3,6 Millionen Beitrag für die Invalidenversicherung zu zahlen. In diesen Beträgen seien 1,7 Millionen Kosten der Verwaltung und des Heilverfahrens enthalten, während der Rest für die reine Versorgung entfalle. Man könne also mit wöchentlich 180 Billionen an Beiträgen rechnen. Davon seien 12 für die Verwaltung und 12 für das Heilverfahren in Ansatz zu bringen. Der Rest von 156 Billionen komme für reine Versicherungsleistungen in Betracht.

Die Forderung des volksparteilichen Abgeordneten Thiel, die Invaliden- und Altersversicherung aufzuheben, da die Kosten nicht mehr aufzubringen seien, wurde von demokratischer und von Zentrumsseite entschieden zurückgewiesen. Die Sitzung wurde, ohne daß Beschlüsse gefaßt wurden, auf den 20. September vertagt, wo der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister Erklärungen abgeben werden.

Erdbeben in Nordindien.

* **Allahabad,** 20. September.

Nach einer Meldung aus Mesched hat sich in Budjund (Chorasan) am Morgen des 17. September ein schweres Erdbeben ereignet. Einzelheiten fehlen noch. In Mesched selbst wurde ein leichter Erdstoß verspürt, der jedoch keinen Schaden anrichtete.

*

Aus Tokio wird gedrahtet: Die kaiserliche Familie hat 500 000 Yen zur Unterstützung des notleidenden Volkes gespendet. Fürst Mathukata hat sein Haus dem amerikanischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt.

Zwei Notenfälscher in Frankfurt verhaftet. Der Zeichner Hugo Gramm, aus Botnang in Württemberg, hatte in Frankfurt, wie uns gedrahtet wird, versucht, in einem Schokoladengeschäft einen deutschen Zwanzigmillionenschein in Zahlung zu geben, der von der Verkäuferin sofort als falsch erkannt wurde. Durch allerhand Ausflüchte machte er sich verdächtig, so daß ihn die Verkäuferin verhaften ließ. Bei der Untersuchung ergab es sich, daß er in seinen Strümpfen versteckt noch 59 falsche Zwanzigmillionenscheine hatte. Er legte schließlich ein Geständnis ab und erklärte, daß er in Frankfurt bisher 19 falsche Millionenscheine, meistens in Schokoladen- und Zigarrengeschäften ausgegeben habe. Er gab an, daß er zusammen mit seinem verheirateten Bruder, dem ehemaligen Drucker Paul Gramm, in der Wohnung seiner Eltern in Botnang in einer Mansarde die Falschscheine am Samstag angefertigt habe. In der Nacht zum Montag seien sie dann nach Frankfurt gefahren, wo ihr Geschäft bisher gut gelungen sei. Der Bruder wurde ebenfalls festgenommen, die Druckpresse in Botnang wurde beschlagnahmt.

428 Kilometer in der Stunde. Dem amerikanischen Leutnant Ford Williams ist es gelungen, auf dem Flugplatz von Mitchell Field mit dem Wind eine Geschwindigkeit von 428 Km. zu erreichen.

An die Ostsee verschlagener Mönchsgeier. Auf der See bei Kolberg wurde von dem Fischer Zander ein prachtvoller Mönchs- oder Kuttengeier in dem Augenblick gefangen, als der 2,60 Meter klafternde, nach dem Norden verschlagene Geier auf mehrere Möven stoßend ins Meer stürzte. Der Fischer hält den völlig ruhigen Ausländer auf seinem Gehöft, wo er einen kolossalen Appetit entwickelt!

Steuermarkenbezug. Nachdem beim Vertriebe von Steuermarken durch die Wertzeichen-Versandstelle des Postamts 1, hier C, ausreichende Erfahrungen gesammelt worden sind, haben in dem Verfahren folgende Aenderungen vorgenommen werden müssen. Die Mindestmenge der zu beziehenden Marken ist auf 100 Millionen Mark festgesetzt worden. Marken bis zu 100 000 M. einschließlich dürfen nur in vollen Bogen (50 Stück oder ein Vielfaches davon) bestellt werden. Der zu verwendende Bestellzettel ist neu gefaßt und verbessert worden. Der Wertzeichen-Versandstelle des Postamts 1 ist unter Nr. 39 100 ein besonderes Postscheckkonto eröffnet worden; bei Ueberweisungen darf nur dieses Konto benutzt werden. Schecke — besonders Reichsbankschecke — dürfen nur auf das Postamt 1 in Berlin C ausgestellt sein; die Reichsbank erkennt Schecke mit Zusätzen wie „Wertzeichen-Versandstelle u. Ae. nicht an. Diese Schecke dürfen nur auf volle 1000 M. lauten.

Kinderdankfest. In allen dem amerikanisch-deutschen Speisungswerk eingegliederten Gemeinden und Anstalten des Deutschen Reiches findet am Sonnabend, den 22. September, ein Gedenkfest für das Kinderhilfswerk mit einer schlichten Feier für die Speisungsteilnehmer statt. In Groß-Berlin ist die Hauptfeier in der Brauerei Königstadt. Vertreter der Reichsregierung, der amerikanischen Botschaft, der Stadtbehörden und des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe E. V. werden an ihr teilnehmen. Es wurden insgesamt in Deutschland während des Sommerhalbjahres täglich 500 000 Kinder gespeist, davon in Groß-Berlin 80 000 Kinder.

Aus aller Welt. Nach einer Reutermeldung sind gestern früh auf der Höhe von New Port das Schlachtschiff „Arkansas" und ein Zerstörer zusammengestoßen. Der letztere wurde schwer beschädigt und befindet sich unter Eskorte auf dem Wege nach Boston.

Winterbetrieb im Zoo. Der Zoologische Garten und das Aquarium werden fortab von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet sein. Im Winter wird der Zoologische Garten bereits um 5 Uhr geschlossen werden, während das Aquarium auch dann bis 6 Uhr offen bleibt. Die Sonntagskonzerte sollen noch weiter geführt werden, solange schönes Wetter bleibt.

Modeausstellung des Lette-Vereins. Der Lette-Verein am Viktoria-Luise-Platz 6 entläßt Ende September eine Anzahl Schülerinnen aus der Modeklasse zur praktischen Betätigung. Anschließend an das Abschlußexamen findet in der Aula des Lette-Vereins am Sonnabend, dem 22. September, von 11—6 Uhr, und am Sonntag, dem 23. September, von 10—1 Uhr eine Ausstellung der Schülerarbeiten statt. Zur Ausstellung gelangen graphische Arbeiten und Kleider, die in Entwurf und Ausführung von Schülerinnen der Modeklasse hergestellt sind. Am 9. Oktober beginnt ein neuer Kursus der Modeklasse, zu dem noch Anmeldungen im Verwaltungsbüro des Lette-Vereins entgegengenommen werden.

Wetteraussichten für Berlin und Umgebung. Ziemlich kühl, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit wiederholten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 446 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Donnerstag, 20. September 1923, abends

Devisen voll zugeteilt.

Der Dollar 182 000 000.

Nach dem ruhigen Verlaufe, den das Geschäft am Devisenmarkt im Vormittagsfreiverkehr aufwies, hatte wohl mit Ausnahme der eingeweihten Kreise niemand erwartet, daß der heutige Tag die größte Sensation bringen würde, die man bisher an dem wechselvollen Devisenmarkt feststellen konnte. Sehr große Ueberraschung, in manchen Kreisen fraglos große Bestürzung, erregte bei der Festsetzung der ersten Notiz, d. h. für London, die Ankündigung vom Maklertisch, daß auf den angemeldeten Bedarf eine volle Zuteilung erfolgt.

Da auch heute die Anforderungen zu den amtlichen Notierungen immerhin recht erheblich waren und hinter dem des Vortages nicht zurückblieb, sind die Ansprüche, die somit an die Reichsbank gestellt wurden, doch immerhin sehr erheblich. Allerdings findet die Reichsbank bei ihrem nicht geringen Einsatz eine sehr starke Unterstützung in der außerordentlichen Geldknappheit, die keineswegs überwunden ist.

Da bei der vollen Zuteilung von den Devisenkäufern ganz ungeheure Summen aufgebracht werden müssen und somit die Geldknappheit nur noch verschärft wird, bleibt abzuwarten, wie der Devisenmarkt sich weiter entwickeln wird und ob tatsächlich, wie man wohl annehmen darf, nunmehr zur Entlastung in größerem Umfange Material an den Markt kommen wird.

Zunächst war während der amtlichen Notierungen von einem größeren Angebot noch nichts zu bemerken. Abgaben in englischen Pfunden erfolgten auch in Auszahlung London nicht, und in Auszahlung Amsterdam nur in kaum nennenswertem Maße.

Im späteren Verlauf der Notierungen kam stärkeres von Devisen ein stärkeres Angebot festzustellen, besonders aber in Kabel New York, denn hier kamen schätzungsweise etwa 125 000—130 000 Dollar an den Markt.

Die Kursfestsetzung erfolgte im wesentlichen auf Basis der gestrigen amtlichen Notierungen. Kabel New York stellte sich auf 182 Mill., London auf 825 Mill.

Im weiteren Verlauf der Notierungen kam stärkeres Angebot, besonders noch in Prag heraus. Anscheinend waren aber auch in dieser Valuta die Anforderungen zum amtlichen Kurs sehr erheblich. Eine Repartierung erfolgte heute nur in Auszahlung Paris, auf das 50 pCt. zugeteilt wurden.

Nach Feststellung der amtlichen Kurse war die Umsatztätigkeit nur sehr gering. Allgemein herrschte größere Zurückhaltung in Erwartung der weiteren Entwicklung, jedoch hielten sich die Kurse immer wesentlich unter den amtlichen. Für London wurde zeitweilig ein Kurs von 700 Mill. Geld, 750 Mill. Brief genannt, d.s. etwa 155 Mill. G. und 165 Mill. B. für den Dollar. Später erfolgten kleinere Umsätze zu 750 Millionen für das Pfund.

Am Notenmarkt wurde der angeforderte Bedarf ebenfalls voll befriedigt.

Ostdevisen. Bei der Feststellung der Ostdevisen notierten die Kurse wie folgt: Bukarest 746 000—754 000, Riga 706 400—713 600, Kattowitz 54 400—55 600. — Noten. Polnische Mark 49 000—51 000. Lettische Rubel 661 500—688 500.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Telegr. Auszahlungen Reichsbank-Diskont: 90%	Bank-Diskont	20. 9. Geld	20. 9. Brief	19. 9. Geld	19. 9. Brief
Holland . . . . 1 Gulden	4	71221500	71578500	71421000	71779000
Belgien . . . . 1 Frank	5½	8977500	9022500	8778000	8822000
Christiania . . . . . 1 Krone	6	29127000	29273000	29127000	29273000
Kopenhagen . . . . . 1 Krone	6	32917500	33082500	32917500	33082500
Schweden . . . . . . 1 Krone	4½	48079500	48320500	48079500	48320500
Helsingfors . . . . . 1 finn. M.	8	4788000	4812000	4887750	4912250
Italien . . . . 1 Lira	5½	8079750	8120250	8039850	8080150
London . . . . 1 Lstr.	4	822937500	827062500	822937500	827062500
New York . . . . . . 1 Dollar	4½	181545000	182455000	181545000	182455000
Paris . . . . 1 Frank	5	10773000	10827000	10573500	10626500
Schweiz . . . . 1 Frank	4	32119500	32280500	31920000	32080000
Spanien . . . . 1 Peseta	5	24538500	24661500	24339000	24461000
Deutsch-Oest. abg. 100 Kronen	9	249375	250625	255360	256640
Prag . . . . 1 Krone	4½	5446350	5473650	5446350	5473650
Budapest . . . . . . 1 Krone	18	9576	9624	9576	9624
Buenos Aires . 1 Papier-Peso	—	60249000	60551000	59451000	59749000
Bulgarien . . . . . . 1 Leva	6½	1645875	1654125	1715700	1724300
Japan . . . . 1 Yen	—	87780000	88220000	87780000	88220000
Rio de Janeiro . . 1 Milreis	—	16957500	17042500	17556000	17644000
Jugoslawien . . . . 1 Dinar	—	1795500	1804500	1945125	1954875
Portugal . . . . . . 1 Escudo	—	8279250	8320750	8229375	8270625

Ausländische Devisennotierungen.

Zürich, 20. September. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,0000030—35.

Amsterdam, 20. September. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,000 001,24—1,27.

London, 20. September. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 800 Mill.

Kopenhagen, 20. September. (Sonderkursdienst der „Vossischen Zeitung".) Anfangskurse: Berlin 0,000003.

Zurückhaltung am Effektenmarkt.

Im Effektenverkehr herrscht, soweit zu übersehen, starke Unsicherheit. Die scharfe Anspannung am Geldmarkt lähmt die Geschäftstätigkeit, und die unsichere Gestaltung des Devisenmarktes verstärkte die Zurückhaltung, die der Verlauf der gestrigen Börse schon hervorgerufen hat. Der Ordereingang bei den Banken ist bisher nur sehr gering. Zu berücksichtigen ist, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen die Orders erst in dem letztmöglichen Zeitpunkt eingehen. Die voraussichtliche Entwicklung der morgigen Börse ist daher noch nicht zu übersehen. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen sich auch für den Effektenverkehr aus der heutigen überraschenden Wendung am Devisenmarkt ergeben werden.

Umrechnung fremder Währungen bei Berechnung der Wechselsteuer. Auf Grund des § 8 Abs. 4 des Wechselsteuergesetzes vom 10. August werden für die nachstehend genannten Währungen bis auf weiteres folgende Mittelwerte festgesetzt: 1 Pfund Sterling 408 750 000 M., 1 franz. Frank 5 104 500 M., 1 belgischer Frank 4 113 000 M., 1 schweizerischer Frank 16 155 000 M., 1 Lira 3 982 500 M., 1 Peseta 12 114 000 M., 1 Leu 412 000 M., 1 finnische Mark 2 425 500 M., 1 deutschösterreichische Krone 1250 M., 1 tschechische Krone 2 686 500 M., 1 ungarische Krone 5000 M., 1 holländischer Gulden 35 362 500 M., 1 schwedische Krone 23 910 000 M., 1 dänische Krone 16 290 000 M., 1 norwegische Krone 14 526 000 M., 1 polnische Mark 850 M., 1 türkischer Piaster 530 800 M., 1 argentinischer Peso (Gold) 67 095 000 M., 1 argentinischer Peso (Papier) 29 520 000 M., 1 chilenischer Peso (Papier) 11 196 000 M., 1 brasilianischer Milreis 8 202 000 M., 1 japanischer Yen 43 725 000 M., 1 bulgarische Lewa 870 000 M., 1 Vereinigte Staaten Dollar 90 000 000 M., 1 mexikanischer Goldpeso (Golddollar) 41 994 000 M., 1 Lat 17 640 000 M.,

1 lettländischer Rubel 352 800 M., 1 Litas 9 000 000 M., 1 estnische Mark 259 300 M., 1 jugoslawischer Dinar 967 500 M., 1 jugoslawische Krone 242 000 M.

Der schwindende Goldbestand.

Starke Zunahme der Kapitalsanlage. — Abnahme des Lombardbestandes. — 1182 Billionen Notenumlauf.

Die Verschlechterung der Lage der Reichsbank machte in der ersten Septemberwoche weitere Fortschritte. Wie der Bankausweis vom 7. d. M. zeigt, erhöhte sich die gesamte Kapitalanlage um 681,8 auf 1859 Billionen M. Von der Vermehrung entfielen 584,2 Bililonen M. auf Reichsschatzanweisungen, deren Bestand damit auf 1571,5 Billionen Mark wuchs, und zwar wieder ausschließlich infolge gesteigerter Ansprüche des Reiches. Das Wechsel-Portefeuille hob sich um 113,8 auf 278,4 Billionen M. Es handelt sich bei dieser Zunahme um einen erheblichen Teil Inkasso-Wechsel und Schecks, für die also die Reichsbank als kreditgewährende Stelle eigentlich nicht fungiert, im übrigen um solche ganz kurzfristigen Kredite, deren Ueberleitung auf wertbeständige Basis ohne Gefährdung des Wirtschaftslebens, insbesondere ohne Gefährdung der Volksernährung, bei der Kürze der Zeit noch nicht möglich war. Das Lombardkonto weist diesmal eine Abnahme um 16,4 auf 8,9 Billionen M. auf, was mit dem Uebergang größerer Darlehnsposten auf die Reichsdarlehnskassen zusammenhängt. Die neu beanspruchten Kredite flossen teilweise den fremden Geldern zu, die um 289,6 auf 880,6 Billionen M. stiegen.

Der größere Teil wurde indes der Bank in der Form von Zahlungsmitteln entzogen, da sie nunmehr wieder in der Lage war, dem an sie herantretenden Banknotenbedarf zu genügen. Der Umlauf an Banknoten erfuhr daher eine Vermehrung um 518,8 auf 1182 Billionen M. Der Umlauf an Darlehnskassenscheinen ging von 11 auf 10,6 Milliarden Mark zurück.

Der Goldbestand verminderte sich um 20,6 Millionen Goldmark, die im Interesse der Devisenbeschaffung verwendet worden sind. Der Betrag wurde dem Goldkassenbestande der Bank entnommen, der auf 478,6 Millionen M. zurückging. Das Golddepot im Auslande änderte sich nicht. Der Bestand an Münzen aus unedlem Metall ermäßigte sich um 1,2 auf 19,7 Milliarden Mark.

Die Darlehnskassen des Reiches wurden mit 92,9 Billionen Mark neu in Anspruch genommen, ihre Ausleihungen stiegen auf 107 Billionen M. Sie führten einen entsprechenden Betrag an Darlehnskassenscheinen an die Reichsbank ab, so daß deren Bestände an solchen Scheinen auf die gleiche Höhe, nämlich auf 107 Billionen M. zunahmen.

Aktiva (in 1000 Mark)	1923	1922	1921
Metallbestand	20 196 456	1 027 943	1 040 430
davon in Gold	489 895	1 004 861	1 028 706
u. zwar Gold-Kassenbestände	478 583	954 829	
Golddepot (unbelast.) b. ausl. Zentralnotenb.	11 312	50 032	
Kassenscheine	107 037 565 765	28 875 562	3 119 006
Noten anderer Banken .	36 655 878	4 009	6 077
Wechsel und Schecks .	278 439 993 184	27 261 827 }	81 466 06
Disk. Reichs-Schatzanw.	1 571 462 651 629	251 765 054 }	
Lombardforderungen . .	8 885 104 912	308 496	19 185
Effekten	182 845 083	203 209	256 422
Sonstige Aktiva	370 023 500 707	7 815 969	5 950 871 8
Passiva (in 1000 Mark)			
Notenumlauf	1 182 038 569 807	252 373 738	80 727 526
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten			
a) Reichs- u. Staatsguth.	308 931 293 802	8 696 158 }	9 517 809
b) Privatguthaben . .	571 707 805 235	41 880 269 }	
Sonstige Passiva . . .	273 410 503 662	9 009 639	1 311 31

Im Vergleich zum vorhergehenden Ausweis haben in der ersten Septemberwoche zu- (+) oder abgenommen (—):

(in 1000 Mark)	1923	1922	1921
Metallbestand	— 1 249 688	+ 428	— 126 000
davon Gold	— 20 591	+ 2	unverändert
u. zwar Gold-Kassenbestände	— 20 591	+ 2	
Golddepot (unbelast.) b. ausl. Zentralnotenb.	unverändert	unverändert	
Kassenscheine	+ 92 861 840 654	+ 635 615	+ 74 118
Noten anderer Banken .	+ 4 460 685	+ 250	+ 2 433
Wechsel und Schecks . .	+ 113 795 743 576	+ 5 557 486 }	— 3 580 328
Disk. Reichs-Schatzanw.	+ 584 243 867 904	+ 1 999 281 }	
Lombardforderungen . .	— 16 376 288 342	+ 135 524	+ 11 478
Effekten	+ 167 305 230	— 32 953	— 1 898
Sonstige Aktiva	+ 206 864 059 246	+ 313 820	— 107 317
Notenumlauf	+ 518 838 519 469	+ 14 226 578	+ 654 805
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten			
a) Reichs- u. Staatsguth.	+ 102 763 160 275	— 5 012 060 }	— 4 131 790
b) Privatguthaben . .	+ 186 796 104 952	— 535 972 }	
Sonstige Passiva	+ 173 161 954 769	— 68 095	— 124 650
Gesamtstatus	—.425 973 467 618	— 13 590 285	— 3 551 717
Bankdiskont	30 pCt.	7 pCt.	5 pCt.

Berliner Produktenverkehr.

Die heutige Berliner Produktenbörse hatte stilles Geschäft zu verzeichnen. Es lag wohl einiges Angebot aus der Provinz vor, jedoch fehlt es vielfach an Käufern. Die Preise waren gegen gestern im allgemeinen kaum verändert.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 20. September.
Alles in Tausend Mark.

Produkte	50 Kilogr in Mark heute	Vortag	Produkte	50 Kilogr. in Mark †) heute	Vortag
Weizen, märk.	290—300000	270—300000	Vikt.-Erbs.	500—600000	500—600000
„ pomm.	—	—	Kl. Speise	450—500000	450—550000
„ meckl.	—	300000	Futtererbs.	—	—
Roggen, märk.	240000	230—240000	Peluschken	—	—
„ pomm	—	—	Ackerbohn.	—	—
„ schles.	—	—	Wicken	—	—
„ westpr.	—	—	Lupin. blaue	—	—
Gerste, Somm.	270—300000	270—300000	do. gelbe	—	—
„ Winter-	260—270000	260—270000	Serradella	—	—
Hafer, märk.	240—250000	240—250000	Rapskuchen	200—210000	220—230000
„ schles.	—	—	Leinkuchen	—	—
Mais loko Berlin	—	—	Trocken-		
waggonfr. Hamb.	—	—	schnitzel	130—140000	130—140000
Weizenmehl *)	850—950000	850—950000	Vollw. Zuck.		
Roggenmehl *)	700—850000	700—850000	Schnitzel	—	—
Weizenkleie **)	160—170000	650—750000	Kartoffel-		
Roggenkleie **)	165—170000	—	flocken	240—250000	240—250000
Raps **)	320—330000	820—330000	Torfmelasse		
Leinsaat **)	—	—	Mischg. 30/70	—	—

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Weizen unverändert, Hafer behauptet, alles andere stetig.

Butternotierung vom 20. September. Ia Qualität 40 Mill. M.

Metallpreise in Berlin (für 1 kg in Mark)		20. Septbr.	19. Septbr.
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinigung f. die deutsche Elektrolytkupfernotiz)		—	—
Originalhüttenrohzink (Preis des Zinkhüttenverb.)		—	—
Notierung d. Berl. Metallbörse: Raffinadekupfer, 99—99,3 pCt. . . .	f. 1 kg in Mk.	50—52000000	58—62000000
Originalhüttenweichblei	do.	20—21000000	23—25000000
Hüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	do.	26—27000000	31—33000000
Remelted Plattenzink	do.	20—21000000	22—24000000
Originalhüttenaluminium, 98-99 pCt.	do.	—	115-20000000
do. do. in Walz- od. Drahtbarren	do.	—	—
Banka-, Strait-, Austral-Zinn . . .	do.	162—168000000	203—207000000
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt. . .	do.	155—160000000	195—200000000
Reinnickel	do.	90—95000000	117—120000000
Antimon-Regulus	do.	21—22000000	25—27000000
Silber in Barren ca. 900 fein . . .	do.	3400-3500000000	3800-4000000000

Oesterr. Bankkapital in Polen.

Eigener Drahtbericht.

✱ **Breslau**, 19. September.

Durch die Veröffentlichung Korfantys in der polnischen Zeitung „Rzeczpospolita", über die auch hier ausführlich berichtet worden ist, wurde vor einiger Zeit die Oeffentlichkeit auf die Beteiligung österreichischen Kapitals unter der besonderen Initiative der Wiener Unionbank an polnischen Werken hingewiesen. Die Beteiligung österreichischen Kapitals an polnischen Werken beschränkt sich jedoch durchaus nicht auf die Initiative dieser genannten Kreise, sondern hat einen so außerordentlichen Umfang angenommen, daß die Verknüpfung der wirtschaftlichen Interessen Polens und Oesterreichs weit über den Rahmen der üblichen staatlichen Handelsbeziehungen hinausgreift und die Absicht einer beiderseitigen bestimmten wirtschaftlichen Neuorientierung vermuten läßt. Der „Illustrowany Kurjer Codzienny" veröffentlicht folgende Beteiligungen österreichischen oder mit anderen ausländischen Finanzgruppen verbundenen Wiener Kapitals an polnischen Interessen:

Oesterr. Kreditanstalt: an der Warschauer Diskontobank, an der Galizischen Hypotheken-Aktienbank in Lemberg und Krakau, an der Schlesischen Bank in Bielitz, an der Aktien-Gesellschaft Zieleniewski & Co. in Krakau, an der Munitionsfabrik Pocisk; Bodenkredit-Anstalt: an der Galizischen Bank, an der österreichisch-polnischen Lokomotivfabrik in Chrzanow, an dem Petroleumkonzern Karpathen-Szodnica und an der Zementfabrik in Szczakowa; Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft an der polnischen Bank für Industrie, der Bismarckhütte und der Kattowitzer Bergbau-A.-G.; Wiener Depositenbank an der Polnischen Industriebank, an der Oesterreichisch-Polnischen Bank, der Silesia-Grube in Dziodczick und an der Omnium Petroleum-Gesellschaft; Firma Rothschild an den Petroleumgesellschaften Naphtha-Galizien und Fanto; Unionbank an der Umsatzbank in Krakau, der Königs- und Laurahütte; Länderbank an der Allgemeinen Kreditbank in Krakau und Lemberg; Der Wiener Bankverein hat seine Filialen in Polen in selbständige polnische Unternehmen unter Heranziehung des belgischen Kapitals umgewandelt. Die Lombard- und Diskontobank hat gemeinsame Interessen mit der Schlesischen Eskomptebank in Bielitz und Krakau und finanziert das östliche Hüttenwesen und die Textilindustrie. Die Verkehrsbank ist stark an den polnischen Petroleumgruben und die Merkurbank an der Commerzbank in Krakau sowie an der Firma Zieleniewski beteiligt. Das genannte Blatt schätzt die hier aufgeführten Beteiligungen insgesamt auf einige Hundert Milliarden polnische Mark.

Daß ein weiterer Ausbau der österreichisch-polnischen Handelsbeziehungen beabsichtigt ist, ergibt auch die Reise des jetzigen österreichischen Bundeskanzlers Seipel nach Warschau, der sich in einem Interview mit einem Mitarbeiter der „Kattowitzer Zeitung" über den Zweck seiner Reise dahin ausgesprochen hat, daß Oesterreich einen vollkommenen Handelsvertrag mit Polen herzustellen wünsche und beide Staaten darauf angewiesen seien, engste Handelsbeziehungen anzuknüpfen und in gemeinsamer Arbeit den Wiederaufbau zu bewerkstelligen.

Ein besonderes Interesse des österreichischen Kapitals richtet sich hier auf das oberschlesische Revier, in das sich demnächst dem Vernehmen nach Wiener Großindustrielle begeben sollen, um die Kohlenversorgung Oesterreichs aus ostoberschlesischen Gruben sicherzustellen. Hier darf darauf hingewiesen werden, daß sich übrigens auch das italienische Interesse an der polnischen Kohlenindustrie seit der Ruhrbesetzung erheblich gesteigert hat. Vor kurzem hat sich dort mit Unterstützung der italienischen Regierung ein besonderes Konsortium für den Ankauf von Kohlenterrains in Polnisch-Oberschlesien gebildet, dem, der „Gazeta Warszawska" nach, voraussichtlich die Vertreter der polnischen Regierung beitreten werden.

Goldzollaufgeld und Landabgabe. Für die Zeit vom 22. bis 25. September einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 3 359 999 900 vom Hundert (1 Goldzollmark gleich 33 600 000 Papiermark). — Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 22. bis zum 25. September einschließlich gleichfalls 33 600 000 für je eine Goldmark.

Vorläufige Einstellung der Zinszahlungen auf Schuldbuchforderungen. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sieht sich die Hauptverwaltung der Staatsschulden und die Reichsschuldenverwaltung im Hinblick auf die Geldentwertung und die außerordentlich gesteigerten Kosten der Uebersendung der Zinsbeträge sowie ihrer Buchung bei den Banken, Sparkassen usw., und zwar auch im eigenen Interesse der Schuldbuchgläubiger und in der Annahme ihres Einverständnisses, veranlaßt, vorläufig von weiteren Zinszahlungen für die im Reichsschuldbuch und früheren preußischen Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen abzusehen, unbeschadet des Rechtes der Gläubiger auf den Bezug der Zinsen und vorbehaltlich einer späteren endgültigen Regelung.

5 proz. Goldmarkanleihe der Stadtgemeinde Danzig. Durch Vermittlung eines unter Führung der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehenden Bankenkonsortiums wird, wie bereits von uns angekündigt, in der Zeit vom 24. September bis 1. Oktober eine 5proz. Goldmarkanleihe der Stadtgemeinde Danzig zu 98 pCt. unter Zugrundelegung des Dollarkurses zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden. Der Erlös der Anleihe ist für den Ausbau der im Gebiet des Freistaates Danzig belegenen Wasserkräfte, die der Elektrizitätserzeugung nutzbar gemacht werden, bestimmt. Die erforderlichen Bauten sind ausschließlich von in Deutschland ansässigen Firmen auszuführen, so daß der Anleiheerlös der deutschen Industrie zugute kommt.

Dividendenausschüttung noch vor der Generalversammlung. Der Abschluß des Vereins für Zellstoff-Industrie per 30. Juni gestattet nach vorsichtiger Bilanzierung die Verteilung einer Dividende von 1000 pCt. auf 38 Mill. M. Stammaktien und von 7 pCt. auf 2 Mill. M. Vorzugsaktien, jedoch soll der auf den 31. Oktober einzuberufenden o. G.-V. anheimgegeben werden, mit Rücksicht auf die erheblichen, insbesondere für den Aktionär durch die Einkassierung der Dividendenscheine sich ergebenden Kosten, die Ausschüttung dieser Dividende bereits früher vorzunehmen.

Deutsche Wollenwaren-Manufaktur A.-G. In der kürzlich abgehaltenen Aufsichtsratssitzung teilte der Vorstand mit, daß das Geschäftsjahr bislang günstig verlaufen ist. Die Gesellschaft ist zurzeit voll beschäftigt und noch für etwa zwei Monate mit Aufträgen vornehmlich aus dem Auslande versehen.

Frankreichs Außenhandel. Nach einer durch Havas veröffentlichten amtlichen Zollstatistik beläuft sich die französische Einfuhr in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres auf 36 368 372 Tonnen im Werte von 19 938 324 000 Franken. Die Erhöhung gegenüber den ersten acht Monaten des Vorjahres beträgt 230 585 Tonnen im Werte von 5 332 214 000 Franken und gegenüber den ersten acht Monaten des Jahres 1913 650 542 Tonnen im Werte von 14 442 845 000 Franken. Die Ausfuhr beläuft sich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres auf 14 965 061 Tonnen im Werte von 19 128 066 000 Franken, wobei die Erhöhung gegenüber den ersten acht Monaten des Vorjahres 1 642 458 Tonnen bzw. 5 682 145 000 Franken und die Erhöhung gegenüber den ersten acht Monaten des Jahres 1913 1 360 165 Tonnen bzw. 14 691 497 Franken beträgt.

Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin.